



EAK  
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG  
UND FRIEDEN



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

# NEWSLETTER

## Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

*Ein AGDF- und EAK-Projekt*

6. Ausgabe April 2011



## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>1</b>
<b>Aktuelles</b>	<b>2</b>
Schattenbericht Kindersoldaten 2011	2
Die Wehrpflicht ist weg, aber das Problem „Kindersoldaten“ bleibt – wie lange noch?	4
Projektverlauf	4
Dossier „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“	5
Neuer Name und neues EAK-Logo	5
<b>Weitere Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr &amp; Schule</b>	<b>5</b>
Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr in Schleswig-Holstein	5
Zivilklausel an der Universität Köln	5
Bundeswehr macht auch vor Girls Day nicht halt	6
Bundestagsausschuss beschäftigt sich mit Bundeswehr an Schulen	6
Kooperation von Schule und Bundeswehr in NRW erweitert	6
<b>Sonstiges</b>	<b>7</b>
Tagung von Mehr Demokratie	7
Bundeswehrwerbung melden	7
Hinweise auf Initiativen und Seiten	7

## Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Artikel 29 der VN-Kinderrechtskonvention heißt es: „Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss, dem Kind Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln“ und „das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorzubereiten.“

Menschenrechte, Frieden und gewaltlose Konfliktlösungen müssen demnach ein fester Bestandteil im Schulunterricht sein. Leider, so stellt der „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“ fest, sind sie „in der Praxis deutscher Schulen aber kein regelmäßiger und fester Bestandteil des Schulunterrichts.“ Damit sich daran etwas ändert, so folgert der Schattenbericht, müsse Friedens- und Menschenrechtserziehung auch in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer verankert werden und es müsse darüber hinaus seitens der Politik dafür gesorgt werden, dass sie „im Schulunterricht auch tatsächlich stattfinden“.

Der „Schattenbericht“ führt die Notwendigkeit der Stärkung der Friedensbildung an unseren Schulen erneut deutlich vor Augen. Dass Schülerinnen und Schüler in unserem Land in Zukunft die Friedensbildung erhalten, die ihnen zusteht, dazu tragen wir mit dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“ bei. Mehr über den „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“ erfahren Sie in den folgenden Beiträgen von Rosalie Kubny und Günter Knebel.

Seit Anfang April ist Valerie Schmiegelt von der EAK, die die Leitung des Projekts „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“ inne hatte, in Mutterschutz. Nun übernehme

ich, Maria Baum, ihre Vertretung. Ich freue mich auf die Arbeit an dem Projekt und die Zusammenarbeit mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen,  
Maria Baum und  
Rosalie Kubny

### Newsletter abonnieren:

E-Mail an [info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de).

Die E-Mail-Adressen für den Newsletterversand werden gespeichert und nur für den Versand des Newsletters verwendet.

Wir freuen uns über Weiterleitung des Newsletters an weitere Interessenten.

### Newsletter abbestellen:

E-Mail an [info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de)

und sie werden umgehend aus dem Verteiler genommen und Ihre Adressen gelöscht.

### Tipps und Anregungen:

Wir sind dankbar, über Hinweise auf aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen o.ä. zum Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ sowie über Artikel und Tipps zur Weiterentwicklung des Newsletters. Bitte senden Sie Ihre Ideen an:

[info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de).

### Gastbeiträge:

Gastbeiträge sind herzlich willkommen. Diese Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

### Impressum

Geschäftsstelle AGDF & EAK  
Endenicher Straße 41  
D - 53115 Bonn  
Tel.: 0228 / 24 999-0  
Fax: 0228 / 24 999-20  
[info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de)

### V. i. S. d. P.:

Maria Baum, Projektleiterin  
[baum@friedensbildung-schule.de](mailto:baum@friedensbildung-schule.de)

Rosalie Kubny, Projektassistentin  
[kubny@friedensbildung-schule.de](mailto:kubny@friedensbildung-schule.de)

## Aktuelles

### Schattenbericht Kindersoldaten 2011

Im Juli 2009 sandte die EAK eine Eingabe zur Einhaltung des 2. Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention\* in Deutschland an den Ausschuss für die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (VN) in Genf. Der EAK war es wichtig das Thema „Minderjährige an die Waffe: Deutschland und das Problem der Kindersoldaten“ zu behandeln.

Auf einem Studientag\*\* war anlässlich des ersten „Schattenberichts“ heraus gearbeitet und festgestellt worden, dass Deutschland die Verpflichtungen des 2. Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention nicht ausreichend beachtet. Der Ausschuss der VN hat auf diese Eingabe nicht geantwortet; das Thema „Kindersoldaten“ ist in der von der „Umstrukturierung der Bundeswehr“ geprägten politischen Debatte untergegangen. Die Themen und Kritikpunkte sind allerdings weiterhin hoch aktuell und bedürfen der Bearbeitung.

Deshalb ist es erfreulich, dass die Organisationen für die Rechte der Kinder, *Kinder-nothilfe, missio, terre des hommes, UNICEF Deutschland* als „Deutsches Bündnis Kindersoldaten“, das Thema durch den gemeinsam herausgegebenen Bericht erneut auf die politische Tagesordnung gebracht haben.

Zum Red Hand Day, dem Welttag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar, wurde dieser Bericht vorgestellt. Er soll als eine Art Kontrollbericht dienen und die Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention und ihre Zusatzprotokolle, die von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurden, innerhalb Deutschlands überprüfen. Er weist auf die Defizite Deutschlands bei der Einhaltung seiner menschenrechtlichen Verpflichtungen hin, die durch den Vorsitz Deutschlands der Arbeitsgruppe „Kinder in bewaffneten Konflikten“ des VN-Sicherheitsrates seit Anfang 2011 besonders aktuell sind.

Der „Schattenbericht“ legt seinen Schwerpunkt auf fünf Themenbereiche:

1. Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr
2. Menschenrechts- und Friedenserziehung in Deutschland
3. Werbung für den Einsatz der Bundeswehr im Ausland und für die Bundeswehr als Arbeitgeber, insbesondere an deutschen Schulen
4. Waffenexporte
5. Umgang Deutschlands mit Kindersoldaten, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

In Bezug auf das Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ sind besonders die ersten drei Punkte interessant, die hier näher dargestellt werden.

1. Deutschland verzichtet immer noch nicht auf die Rekrutierung Minderjähriger. Der Bericht fordert, dass Deutschland sich an anderen Staaten orientieren und der Position des VN-Ausschuss für die Rechte des Kindes folgen sollte, das Mindestalter für die Rekrutierung in der Bundeswehr auf 18 Jahre anzuheben. Dies wird auch die „straight 18“-Position genannt, die sich auf internationaler Ebene jedoch trotz großer Kampagnen noch nicht durchsetzen konnte.

2. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Aber nicht nur der Zugang, sondern auch die Inhalte sind wichtig. Laut Artikel 29 der Kinderrechtskonvention\*\*\* sollen Menschenrechte, Friedenserziehung und Toleranz Bestandteil im Lehrplan sein und deshalb auch in der Ausbildung von LehrerInnen einen Anteil einnehmen.

Der VN-Kinderrechtsausschuss hat schon 2008 Deutschland nahegelegt diese Ziele zu erreichen, was bisher nicht umgesetzt wurde und aktuell auch nicht zu erkennen ist.

Hier setzt das Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ an und versucht an Schulen Friedensbildung zu stärken.

3. Der „Schattenbericht 2011“ spricht sich dafür aus, dass politische Bildung an Schulen nicht einseitig und indoktrinierend und in diesem Sinne werbend sein darf. Das heißt, dass die Bundeswehr durch ihre mittlerweile 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere nicht als

alleiniger Bildungspartner in den Schulen auftreten sollte und nicht für Auslandseinsätze in Afghanistan werben darf. Wenn die Bundeswehr ihren Standpunkt zu Auslandseinsätzen verdeutlicht, müsste dafür gesorgt sein, dass in gleicher Weise auch andere friedenspolitische Konzepte dargestellt werden. Denn Transparenz und Objektivität müssen im Schulunterricht gegeben sein. Der Bericht fordert, dass Friedensorganisationen und -initiativen die gleiche Möglichkeit erhalten sollen ihre Konzepte für Konfliktlösung und Friedenssicherung vorzustellen. Jedoch wird ebenfalls gesagt, dass die Umsetzung schwer ist, da in diesem Bereich strukturelle, personelle und finanzielle Ressourcen fehlen. Der Bericht fordert, dass die Abkommen zwischen den Ländern und der Bundeswehr aufzuheben seien.

Im Bereich Werbung für die Bundeswehr als Arbeitgeber muss mehr Transparenz entstehen, so der „Schattenbericht 2011“ weiter. Einseitige oder manipulierende Werbemaßnahmen sind nicht vertretbar. Insbesondere Minderjährige müssen auch über die Risiken des Soldatenberufes aufgeklärt werden. Der Staat sowie Schulen stehen in der Verantwortung die Rekrutierung zu überwachen und zu überprüfen, ob die Vorgaben eingehalten werden; Mangelnde Aufklärung oder Gewaltverherrlichung haben nichts im Unterricht oder bei Werbemaßnahmen zu suchen, so der Bericht. Wichtig bei Berufsberatungstagen, an denen die Bundeswehr durchaus teilnehmen dürfte, ist die vorherige Information der Eltern, da diese für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind. Zudem sollte der Staat darauf achten, dass Exkursionen zu Kasernen nicht in den Schulalltag gehören.

Über die drei besprochenen Punkte hinaus, werden in dem Bericht folgende sechs Punkte gefordert:

1. Durchsetzung der „Straight 18“-Position
2. Benennung und strafrechtliche Belangung der Verantwortlichen, die Kinder rekrutieren
3. Versorgung, Schutz und Hilfe für geflohene Kindersoldaten
4. Gewährung von politischem Asyl für

ehemalige Kindersoldaten

5. Mehr Geld für Kindersoldaten-Hilfsprogramme
6. Stopp von Waffenexporten

Als positiven Aspekt vermerkt der „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“, dass das generelle Bewusstsein über das Verbrechen der Ausbeutung von Jungen und Mädchen als Soldaten weltweit deutlich gestiegen ist. Dieser Bericht trägt sicherlich dazu bei und man kann nur hoffen, dass das Thema nicht nur dieses Jahr Aufwind erfährt.\*\*\*\*

\* Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten:  
<http://www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinderrechte/fakulationsprotokoll.htm>

\*\* Ein auf dem Studientag gehaltender Vortrag von Dr. Hendrik Cremer zum Thema Deutschland und das Problem der Kindersoldaten:  
<http://www.eak-online.de/fix/files/600/docs/DeutschlandundKindersoldatenHCremer20090218.pdf>

\*\*\*Kinderrechtskonvention:  
[http://www.unicef.de/fileadmin/content\\_media/Aktionen/Kinderrechte18/UN-Kinderrechtskonvention.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/Aktionen/Kinderrechte18/UN-Kinderrechtskonvention.pdf)

\*\*\*\*Alle Daten und Fakten von diesem Text sind aus der Eingabe der EAK zur Einhaltung des 2. Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention von 2009 und dem Schattenbericht 2011 entnommen.

Der Schattenbericht ist zu finden unter:  
[http://www.kindersoldaten.info/kindersoldaten\\_m/downloads/Schattenbericht+Kindersoldaten+2011-p-70.pdf](http://www.kindersoldaten.info/kindersoldaten_m/downloads/Schattenbericht+Kindersoldaten+2011-p-70.pdf)

## **Die Wehrpflicht ist weg, aber das Problem „Kindersoldaten“ bleibt – wie lange noch?**

Eine Anmerkung zum >Schattenbericht Kindersoldaten 2011< von *Günter Knebel*, ehemaliger Geschäftsführer der EAK

„Im Unterschied zu vielen Nachbarländern gehört Deutschland noch nicht zu den Staaten, die Waffendienst ausschließlich erst ab dem Alter von 18 Jahren zulassen.“ Diesen Satz enthält eine Eingabe\* der EAK an den Ausschuss für Rechte des Kindes bei den Vereinten Nationen, mit der im Juli 2009 die Einhaltung des 2. Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention in Deutschland angemahnt wurde. Das von nahezu allen Staaten angenommene Zusatzprotokoll sieht Rechte für Kinder vor, zu denen „eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens“ gehört. Seit 2009 ist im Blick auf die Neugestaltung der Bundeswehr bekanntlich viel geschehen; der Verzicht auf die Rekrutierung von Minderjährigen für militärische Zwecke gehört aber nicht dazu. Das ist peinlich genug, aber es kommt noch schlimmer: Wer sich als Minderjähriger aus eigenem Wunsch auf die vielfach beworbene „Karriere bei der Bundeswehr“ eingelassen hat, steht vor großen bürokratischen Herausforderungen, wenn er aus eigenem Entschluss die Bundeswehr wieder verlassen möchte. Wer diesen Anforderungen nicht gewachsen ist und „militärischer Dienstleistung“ nicht nachkommt, läuft Gefahr, nach dem Wehrstrafgesetz verfolgt zu werden. „Diese Gesetzeslage ist mit dem Zusatzprotokoll nicht vereinbar“, stellt der Schattenbericht kritisch fest. Als Bestandsaufnahme des deutschen Bündnisses nichtstaatlicher Organisationen zum Thema Kindersoldaten, regt die Studie zur Stärkung der Menschenrechts- und Friedensbildung an und setzt sich auch kritisch mit der Werbung für Militärdienst in Schulen auseinander. Möge sie in Kirche und Gesellschaft die nötige Beachtung finden und politische Wirkung entfalten.

\*Die Eingabe der EAK kann unter folgendem Link eingesehen werden: <http://www.eak-online.de/600.6/600.6.1/index.html?rubrik=Beschl%FCsse,%20Erkl%E4rungen,%20Stellungnahmen>

## **Projektverlauf**

Am 31.03.2011 fand das dritte Fachratstreffen mit 12 Aktiven aus beteiligten Organisationen des Projektes „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ statt. Neben dem Austausch von Berichten aus den Regionen, war ein Schwerpunkt der Aufbau von ReferentInnen-Pools für Friedensbildung an Schulen. Dieses wird vor allem regional erfolgen, da länderspezifische Gegebenheiten berücksichtigt werden müssen und eine bundesweite Begleitung von ReferentInnen durch eine zentrale Stelle kaum möglich ist. In Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg entstehen Netzwerke als Struktur, die eine solche Vermittlung von ReferentInnen für Projekttag, Schulstunden und Workshops an Schulen anbieten sollen. Herausforderung ist nun, ähnliche ReferentInnen-Pools in den anderen Bundesländern zu initiieren. Dabei kann das Projekt der EAK und AGDF unterstützen.

Darüber hinaus konnte auf dem Treffen einiges an Material zum Thema „Frieden und (zivile) Konfliktbearbeitung“ zusammen getragen werden. Eine Auflistung der auf dem Fachratstreffen bereits vorgestellten Materialien wird es in der nächsten Ausgabe des Dossiers geben. Es bestätigte sich der Eindruck, dass es derzeit wenig militärkritisches Material gibt und hier neues Material entwickelt werden sollte.

Ein nächstes Treffen des Fachrates wird im Herbst 2011 stattfinden.

Das Ökumenezentrum der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau arbeitet weiterhin an dem Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“. Im Zuge des Kooperationsvertrages zwischen Hessen und der Bundeswehr wurde nun zu einem Treffen am 18. April 2011 aller Friedensorganisationen im Bundesland eingeladen um ein Netzwerk zu bilden, das als Ansprechpartner für das Land dienen kann. Weitere Infos unter [mechthild.gunkel@zoe-ekhn.de](mailto:mechthild.gunkel@zoe-ekhn.de).

## **Dossier „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“**

Nachdem das Dossier in den letzten Monaten stark angewachsen ist, viele neue Materialien zusammen getragen wurden und nun eine Aktualisierung bevorsteht, sollen von Mai 2011 an alle Artikel, Informationen und Materialien mit einer Verlinkung zunächst auf [www.friedensdienst.de](http://www.friedensdienst.de) unter dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ zu finden sein. Dies soll die Bereitstellung und den Zugang vereinfachen. Dementsprechend wird es keine CDs mehr geben.

Wenn Sie neue Informationen, Dokumente oder Internetlinks haben, die für diese Materialsammlung interessant sein könnten, schicken Sie uns diese doch bitte per E-Mail.

## **Neuer Name und neues EAK-Logo**

Von Christian Griebenow

Im aktuellen Newsletter sehen Sie erstmals das neue EAK-Logo. Die EAK hat sich zum 01.04.2011 umbenannt in Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden.

Diese Namensänderung soll der schon seit längerem vollzogenen Erweiterung der Aufgaben der EAK im Bereich Friedensarbeit, Friedenspolitik, Friedenstheologie und Friedensbildung Rechnung tragen.

Da die EAK ein Herausgeber des Newsletters und in der Friedensarbeit in Deutschland tätig ist, schien es uns wichtig, diese Namensänderung hier zu vermerken.

## **Weitere Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule**

### **Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr in Schleswig-Holstein**

Über die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Schule ist im März 2011 zwischen dem Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, dem Zentrum für Nachwuchsgewinnung Nord in Hannover und dem Wehrbereichskommando I Küste in Kiel eine Absprache getroffen worden, die die Wehrdienstberatung in den Schulen regelt. Die Schulen in Schleswig-Holstein wurden in einem Brief vom Ministerium über diese Absprachen informiert. Damit bekommt der Bereich der an SchülerInnen gerichteten Werbung durch die Bundeswehr einen vorgegebenen Rahmen. Die Absprache lässt einen großen Spielraum für die Entscheidung der verantwortlichen Lehrkraft beispielsweise im Blick auf die Frage, ob die Vorstellung des Schießkinos als ein Angebot der Bundeswehr in dem Besuch erfolgen soll oder nicht. Die Absprachen dienen der Information der Lehrenden. Im Blick auf Werbung für SchülerInnen für den Dienst in der Bundeswehr kann diese Absprache auf dem Hintergrund gelesen werden, dass die Bundeswehr durch die Aussetzung der Wehrpflicht zunehmend ihre Werbung für den Soldatenberuf unter jungen Menschen ausbauen wird.

### **Zivilklausel an der Universität Köln**

Ende Dezember 2010 gab es eine Abstimmung unter den Studierenden der Universität Köln über eine sogenannte „Zivilklausel“. Dies bedeutet die Verpflichtung der Hochschule auf ausschließlich zivile Zwecke, dass heißt keine Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Militärs und der Rüstungsindustrie. Als zivile Einrichtung soll die Hochschule zur Verwirklichung des Friedens beitragen. Von 8000 teilnehmenden Studierenden sprach sich eine Mehrheit von 65% für die Zivilklausel aus. 19% haben gegen die Zivilklausel gestimmt. Diese Abstimmung ist eine klare Positionierung gegen die Indienstnahme der

Hochschule für Kriegsforschung, so Katharina Sass vom Studierendenparlament.

Die Aktivitäten des Arbeitskreises Zivilklausel sind mit dieser Abstimmung noch nicht zu Ende, sondern werden weiter fortgeführt. Unter anderem wird bei der nächsten Senatssitzung am 25. Mai 2011 ein Antrag für die Offenlegung sämtlicher Drittmittelverträge der Universität eingereicht.

Weitere Informationen zur Arbeit des Arbeitskreis Zivilklausel der Universität Köln und die Pressemitteilung zur Abstimmung gibt es unter folgendem Link:

<http://www.zivilklausel.uni-koeln.de>.

### **Bundeswehr macht auch vor Girls Day nicht halt**

Am 14. April 2011 ist wieder das größte Berufsorientierungsprojekt in ganz Deutschland: der Girls Day. An diesem Tag werden Mädchen Berufe im Bereich Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften näher gebracht. Unternehmen, Organisationen und Forschungszentren u.a. können an dem Tag teilnehmen, sich vorstellen und interessierten Mädchen ihren Beruf näher erklären. Die Idee dahinter ist, Mädchen für Berufe zu interessieren, in denen Frauen generell nur schwach vertreten sind.

Ein Berufsfeld in dem Frauen schwach vertreten sind, ist die Bundeswehr. Deshalb stellt die Bundeswehr sich auch am Girls Day mit verschiedenen Aktionen vor. Von „Den Arbeitsalltag von Soldaten bei der Luftwaffe kennen lernen“ über „Girls Day bei der Truppe für Operative Informationen“ bis zu „Marine Live Erleben“ ist alles dabei. Da Schülerinnen ab der 5. Klasse an diesem Tag teilnehmen können, ist dieser „Einblick in einen Beruf“ bedenklich. Im Sinne der Anwerbung Minderjähriger (s.a. „Schattenbericht Kindersoldaten 2011“) muss diese Praxis kritisch hinterfragt werden.

Unterstützt und initiiert wird der Tag vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Zu finden unter: <http://www.girls-day.de>.

### **Bundestagsausschuss beschäftigt sich mit Bundeswehr an Schulen**

Am 12.3.2011 gab es eine öffentliche Anhörung des Bundestagsunterausschusses "Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit". Dort wurde auch das Thema Bundeswehr in Schulen angesprochen, welches von Edelgard Bulmahn (MdB SPD) aufgenommen wurde. Derzeit ist wohl ein fraktionsübergreifender Brief an die Kultusministerkonferenz in Erarbeitung. In diesem Brief soll vorgeschlagen werden, nicht nur Jugendoffiziere, sondern auch Nichtregierungsorganisationen als externe Expertinnen und Experten in Schulen auftreten zu lassen. Dies soll auch die Bereitstellung finanzieller Mittel für diese Organisationen beinhalten.

### **Kooperation von Schule und Bundeswehr in NRW erweitert**

In NRW besteht nun schon seit Oktober 2008 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr, die Jugendoffizieren den Zugang in die Schulen erleichtert. Nun beschloss der Landtag eine Erweiterung der bestehenden Kooperationsvereinbarung. In dem Zusammenhang wurde auch die Einbindung von Kirchen und Friedensorganisationen beschlossen. Damit solle die gesamte gesellschaftliche Breite der Friedensarbeit abgedeckt werden. Diese Vereinbarung wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP angenommen.

### **Gastbeiträge**

Wir möchten Sie gerne nochmal darauf hinweisen, dass wir für Gastkommentare, Berichte und Informationen dankbar sind, die diesen Teil auffüllen. Dieser Abschnitt soll eine Informations- und Meinungsplattform von Ihnen für Sie sein.

Wir freuen uns über Zusendungen per Email an [kubny@friedensbilung-schule.de](mailto:kubny@friedensbilung-schule.de)!

## Sonstiges

### Tagung von Mehr Demokratie

Was ist Krieg und wie entsteht er? Ist Frieden durch Krieg erreichbar? Warum führen Demokratien untereinander keine Kriege? Mit diesen Themen beschäftigt sich die Tagung „Krieg und Frieden – Eine Frage der Demokratie?“. Diese Tagung findet vom 20.-22. Mai 2011 in Eisenach statt und wird von der Bürgeraktion Mehr Demokratie e.V. veranstaltet. Mehr Informationen sind zu finden unter:

<http://www.mehr-demokratie.de/jahrestagung.html>.

### Bundeswehrwerbung melden

Auf der Seite „kehrt-marsch“ gibt es eine Aktion, die für Manchen interessant sein könnte. Dort werden die Besucher der Homepage aufgefordert, Bundeswehr-Werbung an *kehrt-marsch* zu schicken. Bei Interesse:

[http://www.kehrt-marsch.de/?page\\_id=19](http://www.kehrt-marsch.de/?page_id=19).

### Hinweise auf Initiativen und Seiten

Die Seite „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ spricht schon vom Titel für sich. Auf der Homepage gibt es ständig aktualisierte Informationen über Wehrpflicht und Militär. Zu finden unter:

[www.kampagne.de](http://www.kampagne.de).

Eine neue Webseite „Informationsportal Krieg und Frieden“ vom BICC und der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es unter folgendem Link:

<http://sicherheitspolitik.bpb.de>. Diese Seite bietet sehr anschauliche Informationen zu Militär und Rüstung. Dies kann für die friedenspolitische Bildungsarbeit sehr hilfreich sein.

*AnsprechpartnerInnen des Projektes „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ sind:*

*Projektleitung:* Maria Baum  
[baum@friedensbildung-schule.de](mailto:baum@friedensbildung-schule.de)  
[info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de)

*Vertretung:* Bernd Rieche  
[rieche@friedensbildung-schule.de](mailto:rieche@friedensbildung-schule.de)

*Projektassistentin:* Rosalie Kubny  
[kubny@friedensbildung-schule.de](mailto:kubny@friedensbildung-schule.de)  
[info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de)